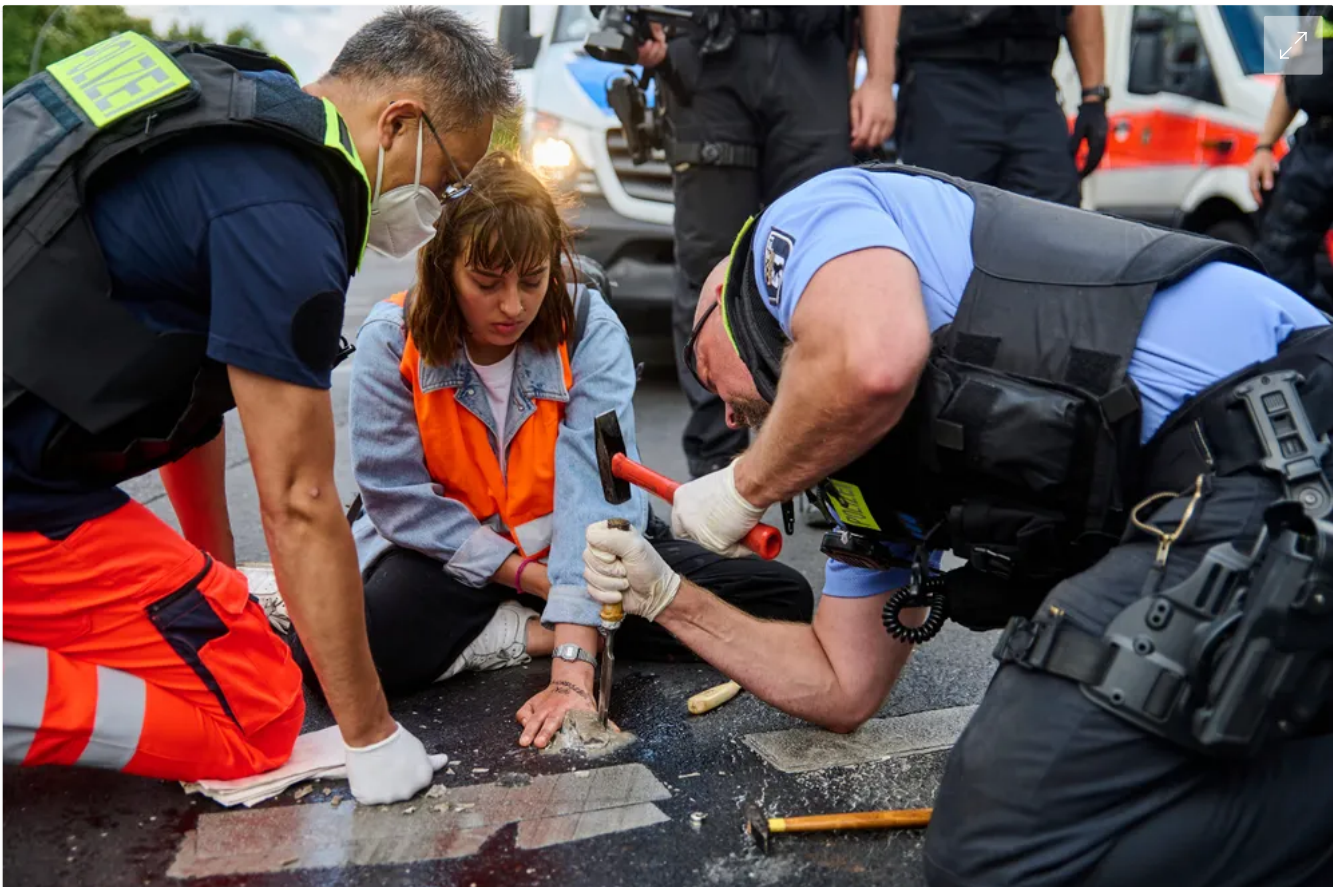


**VERANTWORTUNGSVOLLES HANDELN****IST UNSER ERFOLGSREZEPT.****MIT DATEV ALS PARTNER****BEI DER DIGITALISIERUNG.**Stephanie und Stefan,
Inhaberin und Inhaber Bäckerei GEISENHOFER

Berliner Polizisten versuchen im Juli, die festbetonierte Hand einer Aktivistin der »Letzten Generation« von der Straße zu lösen: »Wir lassen immer eine Rettungsgasse« [Foto: AP/Imago](#)


Empörung über Klimaproteste**5+ Auf Kleben und Tod**

Nach dem tödlichen Fahrradunfall in Berlin diskutiert das Land über zivilen Ungehorsam und die Zukunft der Klimabewegung. Wie weit dürfen die Aktivisten der »Letzten Generation« gehen? Ein Team von SPIEGEL-Reportern ist der Frage nachgegangen.

Von [Lisa Duhm](#) [Jan Friedmann](#) [Maik Großekathöfer](#) [Fabian Hillebrand](#) [Dietmar Hipp](#) [Ulrike Knöfel](#) [Nike Laurenz](#) [Cordula Meyer](#) [Guido Mingels](#) [Serafin Reiber](#) [Jonas Schaible](#) [Hannes Schrader](#) [Katja Thimm](#) [Sara Wess](#) und [Wolf Wiedmann-Schmidt](#)

12.11.2022, 15.35 Uhr • aus **DER SPIEGEL 46/2022**

6+ Artikel zum Hören • 32 Min

 Anhören

»Mörder! Mörder!«, schreit ein Mann aus dem Fenster eines schwarzen SUV den Klimaaktivisten zu. Eine Gruppe von ihnen hat sich am vergangenen Montag, eine Woche nach dem tödlichen Fahrradunfall einer 44-jährigen Frau in **Berlin**, an einer anderen Stelle der Hauptstadt auf die Straße geklebt, Mehringdamm, Ecke Yorckstraße.

Die Demonstrantinnen und Demonstranten machen weiter, als wäre nichts geschehen. Ein Dutzend Aktionen organisierte die »Letzte Generation« in den vergangenen zwei Wochen allein in Berlin. Aber Nervosität, Wut und regelrechter Hass sind zu spüren an diesem Morgen, da ist der Vorwurf, Mitschuld am Tod eines Menschen zu tragen.

Aus: DER SPIEGEL 46/2022**Weltmacht in der Wüste**

Während Europa leidet, boomen autokratische Golfstaaten wie Katar und Saudi-Arabien. Ihre Billionengewinne mit Öl und Gas wollen sie nutzen, um bei erneuerbaren Energien führend zu werden – und diese vor allem an Deutschland zu verkaufen. Wie gefährlich ist die Abhängigkeit von den Herrschern am Golf?

Lesen Sie unsere Titelgeschichte, weitere Hintergründe und Analysen im digitalen SPIEGEL.

[Zur Ausgabe](#)

»Wegen euch sind Leute gestorben, verdammt noch mal!«, ruft ein Fußgänger mit Zornesstimme, »wegen euch ist der Krankenwagen nicht durchgekommen!«

Theodor Schnarr, einer der Aktivisten, muss sich das anhören, der 31-Jährige kann und will nicht weg, seine Hand klebt am Boden fest, sie ist blau von der Kälte der Straße, auch wenn ein orangefarbener Handwärmer auf ihr liegt. »Wir lassen immer eine Rettungsgasse«, antwortet Schnarr dem Passanten, in bemüht ruhigem Ton. »Schau doch«, sagt er und zeigt mit seiner freien Hand in Richtung Straße. Acht Menschen in Warnwesten sitzen auf dem Mehringdamm.

Der Verkehr rollt langsam weiter. Es gibt Wut, aber es gibt auch Zuspruch: Ein Passant lobt die Aktivisten als Weltretter, andere applaudieren. Ein Radfahrer steckt ihnen seine Visitenkarte zu, »falls

Sie mal Stress haben«, der Mann ist Anwalt.

Es hat sich etwas entladen nach diesem Unfall in Berlin, in [Deutschland](#). Ein Aufstand gegen den Aufstand, ein Wutausbruch gegen die »Letzte Generation«, ausgelöst durch zwei Meldungen, eine von einem Unglück, die andere von einem Verkehrsstau. Eine Frau, sie hieß Sandra Umann, kam zu Tode, mit ihrem Fahrrad überrollt von einem Betonmischer, während ein paar Kilometer weiter zwei Klimaaktivisten am Gerüst von Verkehrsschildern über der Fahrbahn klebten und ein Spezialfahrzeug der Feuerwehr im Stau stecken blieb. Zwei gleichzeitige Ereignisse, deren Zusammenhang weiter Gegenstand von Abklärungen und Ermittlungen ist, führten dazu, dass sich eine offenbar lang aufgestaute Empörung über die provokativen Störaktionen der Klimaschutzbewegung Bahn brach. Es war, als hätten viele nur darauf gewartet.



Gedenkstelle am Unfallort für die gestorbene Radfahrerin: Hier muss erst einmal alles politische und moralische Gezänk verstummen – hier verunglückte ein Mensch

Medien, Politiker, soziale Netzwerke bebten. Die »Bild«-Zeitung schrie: »Das ist AUCH EURE SCHULD, ihr Klima-Kleber!« Ein [FDP](#)-Mann twitterte vom »ersten Todesopfer« der »Letzten Generation«. Der Kanzler mahnte noch am Unfalltag, dass politische Kundgebungen »nicht zur Gefährdung anderer« beitragen dürften. [SPD](#)-Innenministerin [Nancy Faeser](#) tönte drei Tage später, hier sei »jede Grenze legitimen Protests überschritten«. Rufe nach harten Strafen wurden laut, Vergleiche mit der [RAF](#) gezogen, ein Verbot der Gruppe wurde ins Spiel gebracht.

Was darf ein Protest, der die Grenzüberschreitung ja gerade sucht, und was darf er nicht? Hat sich die Klimabewegung an diesem Tag ins Abseits geklebt? Ist die weitere Radikalisierung des Protests die einzig

mögliche Richtung? Und was bringt der unbedingte Kampf um Aufmerksamkeit, wenn das Publikum sich mit Grausen abwendet?

Denn fragt man die Öffentlichkeit, zeigt sich, dass eine große Mehrheit von 86 Prozent die aktuellen Protestformen der Klimabewegung wie Straßenblockaden oder das Bewerfen von Kunstwerken mit Kartoffelbrei ablehnt. Das ist das Ergebnis einer aktuellen Erhebung des Online-Befragungsunternehmens Civey für den SPIEGEL.

Breite Ablehnung

»Gehen **aktuelle Protestformen** der Klimabewegung (etwa Straßenblockaden, Beschütten von Kunstwerken mit Nahrungsmitteln) **zu weit?**«, in Prozent

ja	86
nein	10

5 Quelle: Civey-Umfrage für den SPIEGEL vom 8. bis 9. November 2022; Befragte: 5006; die statistische Ungenauigkeit der Umfrage liegt bei bis zu 2,5 Prozentpunkten; an 100 fehlende Prozent: unentschieden

78 Prozent der Befragten sind zudem dafür, dass Aktivistinnen und Aktivisten für solche Protestaktionen härter bestraft werden sollen. (*Hintergründe zur Civey-Methodik lesen Sie [hier](#).*)

Härtere Strafen

»Sollten Aktivisten, die sich z. B. an Straßenblockaden oder dem Beschütten von Kunstwerken mit Nahrungsmitteln beteiligen, **stärker als bisher strafrechtlich sanktioniert** werden?«, in Prozent

ja	78
nein	18

5 Quelle: Civey-Umfrage für den SPIEGEL vom 8. bis 10. November 2022; Befragte: 5002; die statistische Ungenauigkeit der Umfrage liegt bei bis zu 2,5 Prozentpunkten; an 100 fehlende Prozent: unentschieden

Die breite Ablehnung solcher Protestaktionen ist umso erstaunlicher, als eine Mehrheit der Befragten die Anliegen der Klimaaktivisten grundsätzlich teilt: Nur 29 Prozent meinen, die Bundesregierung tue genug, um Bürgerinnen und Bürger vor den Folgen des Klimawandels zu schützen. 53 Prozent sind überzeugt, dass die Regierung nicht genug in dieser Hinsicht unternimmt.

Klarer Tadel

»**Unternimmt die Bundesregierung genug**, um die Bürger vor den Folgen des Klimawandels zu schützen?«, in Prozent

nein	53
ja	29

5 Quelle: Civey-Umfrage für den SPIEGEL vom 8. bis 10. November 2022; Befragte: 5001; die statistische Ungenauigkeit der Umfrage liegt bei bis zu 2,5 Prozentpunkten; an 100 fehlende Prozent: unentschieden

Die Konflikte um die richtige Klimapolitik und die Folgen der Klimakrise werden nicht mehr verschwinden, das ist klar. Sie werden vermutlich größer werden, schärfer, existenzieller. Die Lage wird dringlicher werden, die Zeit knapper, die Angst lähmender, der Ton schriller.

Die Tote hat einen Namen

Eine Woche später donnert der Verkehr am Unfallort vorbei, wo ein weißes Fahrrad an das Unglück erinnert. Hier muss erst einmal alles politische und moralische Gezänk verstummen, die Frage nach Schuld und Sühne, der Kampf um die Deutungshoheit, sogar die Rettung des Klimas, denn hier verunglückte vor Kurzem ein Mensch.

Das Gedenkrad lehnt an einem Geländer neben der Unfallstelle, weiße und rote Rosen sind durch die Speichen der Räder geflochten. Das kupferfarbene Fahrrad der Frau wurde vom Gewicht des Lasters verbogen wie eine Büroklammer, sie starb drei Tage später im Krankenhaus.

Wer war Sandra Umann? Das kann und will ihre Zwillingsschwester erklären, Anja Umann. Sie sagt: »Sie ist meine Welt gewesen, so wie ich ihre Welt war.« Am späten Nachmittag des vergangenen Sonntags sitzt sie in der Wohnung eines Freundes am Küchentisch. Sie scheint nur aus Schmerz zu bestehen und spricht so leise, dass es fast ein Flüstern ist. Anja Umann ist die Ältere der beiden, sie kam eine halbe Stunde vor Sandra auf die Welt, eineiige Schwestern. Sie ist schmal und blond, wie ihre Schwester es war. Sie erzählt, dass selbst die Gesichtserkennung ihres Handys die beiden nicht unterscheiden konnte. Neben ihr steht ein Glas Wasser. Umann spricht eine Stunde lang und trinkt keinen Schluck.



Hinterbliebene Zwillingsschwester Anja Umann: »Sie ist meine Welt gewesen, so wie ich ihre Welt war«

Sie hat sich an den SPIEGEL gewandt, aus zwei Gründen. Erstens, um von ihrer Schwester zu erzählen. »Sie war der hilfsbereiteste Mensch, den ich kenne«, sagt sie. Sandra Umann habe ihr Leben lang unter Depressionen und Angststörungen gelitten, sei Autistin gewesen, es sei ihr immer schwergefallen zu arbeiten. Die beiden Schwestern gründeten vor einigen Jahren gemeinsam ein Label für vegane nachhaltige Mode. Umweltschutz habe ihnen immer am Herzen gelegen, sagt Umann.

Zuletzt arbeitete ihre Schwester in einer Klinik, in der sie anderen depressiven Menschen half, mit der Krankheit besser umzugehen. »Der Montag war immer der schwerste Tag für sie«, sagt Umann. Sie habe ihr noch die Tür geöffnet und gesagt: »Fahr vorsichtig, ich freue mich auf später.« Etwa zehn Minuten später lag ihre Schwester schwer verletzt auf dem Asphalt.

»Wie ignorant mit dem Schicksal meiner Schwester umgegangen wird, verletzt mich sehr.«

Anja Umann

Doch Umann möchte an diesem Tag auch über die Äußerungen einiger der Aktivistinnen und Aktivisten der »Letzten Generation« sprechen: »Wie ignorant mit dem Schicksal meiner Schwester umgegangen wird, verletzt mich sehr.« Einer der Aktivisten schrieb auf [Twitter](#) zu dem Unfall »shit happens«, was in diesem Zusammenhang wohl heißen muss: Wo gehobelt wird, fallen Menschen. Später entschuldigte er sich. Umann sagt, sie und ihre Schwester hätten »zu 100 Prozent« hinter den Anliegen der Aktivistinnen und Aktivisten gestanden. »Aber ihre Methoden stelle ich manchmal infrage.«

Sie bittet die »Letzte Generation«, die Wahl ihrer Mittel zu überdenken. Aber auch die radikalen Antworten aus der Politik kritisiert sie. »Da reagiert Drastik auf Drastik – da kommt etwas Extremes auf, von dem ich nicht sicher bin, ob ich das so unterstütze.«

Umann erfährt erst vom SPIEGEL von der Aussage jener Notärztin, die ihre Schwester am Unfallort zu retten versuchte. Das Spezialfahrzeug der Feuerwehr, das im Stau steckte, hätte keinen Unterschied gemacht, erklärte die Ärztin. »Das wusste ich nicht«, sagt Anja Umann. Doch sie bleibt bei ihrer Einschätzung: »Es hätte ja ebenso gut sein können, dass dieses Fahrzeug das Leben meiner Schwester hätte retten können, wie zunächst anzunehmen war.«

Ursache und Wirkung

Ja, hätte sein können. Oder es hätte trotzdem nichts geändert. Man weiß es womöglich noch lange nicht.

Der Konjunktiv ist die richtige Ausdrucksform für die Beschreibung des Unfallhergangs und für die Frage nach einem möglichen Zusammenhang zwischen Klimaprotest und Unfalltod. Doch in den Tagen nach dem Unglück waren die Schuldzuweisungen schnell gemacht, obwohl sich die Analysen des Geschehens laufend änderten.

Viele Kräfte befeuerten den Skandal: Pressesprecher, deren Beruf es ist, schnelle Statements abzugeben; Politiker, die mit markigen Sätzen Punkte holen wollen bei ihrer Klientel; Medien auf der Jagd nach der exklusiven Nachricht oder der lauten Schlagzeile. Der traurige Tod von Sandra Umann ist auch die Geschichte einer medialen und politischen Eskalation, einer gewaltigen Überinterpretation.

Auf allen Seiten gab es offenbar ein großes Bedürfnis nach moralischer und kausaler Eindeutigkeit. Schon kurz nach dem Einsatz schien für die Feuerwehr alles klar zu sein. Ein Sprecher sagte einer Nachrichtenagentur, durch die Blockade der Aktivisten habe sich »die Rettung der Frau zeitlich verzögert«. So konnte aus dem Fahrradunfall in Berlin-Wilmersdorf eine bundesweite Debatte über Klimaproteste werden. Die Berliner Innensenatorin, zu dem Zeitpunkt im Urlaub, meldete sich und verurteilte die Aktionen: »Diese Blockierer:innen nehmen die Bevölkerung bewusst in Geiselschaft und die Gefahren in Kauf.«

Schon am Tag nach dem Unfall aber wusste die Berliner Feuerwehr, dass die Lage wohl nicht so eindeutig ist: Abends um kurz vor 20 Uhr schickte der Ärztliche Leiter der Feuerwehr eine E-Mail an die Feuerwehrleitung, die den Einsatz schildert. Die Notärztin, so stand darin, habe sich gemeinsam mit der Einsatzleitung entschieden, nicht auf den Rüstwagen zu warten, der den Lkw hätte anheben können, sondern den Laster von einem Feuerwehrmann wegfahren zu lassen, um die verletzte und eingeklemmte Frau zu befreien. Und die Ärztin hätte nicht anders entschieden, wenn das Fahrzeug zur Verfügung gestanden hätte. Als der Vermerk vier Tage nach dem Unfall öffentlich wurde, schienen die Klimaaktivisten entlastet: Ihr Protest tat nichts zur Sache.

Tragischer Unfall

Die Ereignisse während der Protestaktion der »Letzten Generation« in Berlin am 31. Oktober



© OpenStreetMap contributors



Protestaktion der »Letzten Generation« auf einer Schilderbrücke über der Autobahn 100 am 31. Oktober in Berlin. (Foto: Reuters)

»Diese Blockierer:innen nehmen die Bevölkerung bewusst in Geiselhaft und die Gefahren in Kauf.«

Berliner Innensenatorin Iris Spranger

Einige Tage danach wurde wiederum ein Abschlussbericht der Feuerwehr bekannt, der das Gegenteil behauptet. Demnach wäre das Spezialfahrzeug ohne den Stau nahezu gleichzeitig mit dem Notarztwagen angekommen – nur eine Minute nach ihm, um 8:37 Uhr. Tatsächlich traf er erst acht Minuten später ein. Die Blockade der Aktivisten sei »ursächlich« dafür gewesen. Der technische Dienst, der das Rüstfahrzeug betreibt, habe das Anheben des Lkw für die »patientenschonendere« Rettung gehalten.

Der Vorfall beschäftigt nun die Berliner Staatsanwaltschaft und bald werden vermutlich Sachverständige ihre Gutachten schreiben. Bereits ermittelt wird gegen die beiden Klimaaktivisten, einer 59, der andere 63 Jahre alt, die sich an der Autobahn 100 auf einer Schilderbrücke festgeklebt hatten. Der Verdacht lautet: Behinderung von hilfeleistenden Personen. Auch die Frage nach einer möglichen fahrlässigen Tötung soll geprüft werden, das Landeskriminalamt ist involviert. Gegen den 64-jährigen Fahrer des Betonmischers wird wegen fahrlässiger Tötung ermittelt. In der Behörde rechnet man damit, dass die Ermittlungen »aufgrund der Komplexität des Sachverhalts länger andauern werden«.

Der Fahrer des Betonmischers

Die vielen Dutzend Berichte zum Fall in Presse und Fernsehen waren meist von denselben Bildern begleitet: ein weißer Betonmischer, zum Stillstand gekommen, umgeben von Notfall- und Polizeiwagen. Das Fahrzeug gehört zu einem kleinen Berliner Transportunternehmen. Dessen Chef W. ist zu einem Gespräch bereit, seinen Namen oder den seiner Firma will er aber nicht veröffentlichen lassen.

Den 64-jährigen Fahrer beschreibt er als zuverlässigen und umsichtigen Kollegen. »Er ist erst mal außer Gefecht«, sagt W. Der Fahrer war – ein bizarrer Nebenaspekt dieses Falls – direkt nach dem Unfall von einem offenbar zufällig anwesenden Mann mit einem Messer attackiert und verletzt worden. Der Messerstecher wurde festgenommen und soll aus der Obdachlosenszene stammen.

W. sagt: »Körperlich wird bei meinem Fahrer wohl alles verheilen, aber psychisch ist es natürlich schwierig zu verkraften.« Seinen Job verliere der Fahrer nicht. Er müsse selbst entscheiden, »ob er jemals wieder einen Lkw bewegen kann«.

Zum Unfallhergang wisse er nicht viel, sagt W. Sein Fahrer sei geradeaus gefahren und habe sich auf den Verkehr vor ihm konzentriert. »Die Situation war für ihn nicht vorhersehbar. Der Unfall hätte aus jetziger Sicht von seiner Seite her wohl leider nicht vermieden werden können.« Den Angehörigen der Verstorbenen wünsche er viel Kraft und Trost.

Sandra Umann war nicht die erste Berliner Fahrradtote dieses Jahres. Sie war die achte. Und auch wenn ihr Tod nicht einmal zwei Wochen her ist, gibt es bereits ein nächstes Opfer. Am Samstag erlag ein 85-jähriger Fahrradfahrer in der Hauptstadt seinen Verletzungen, er war von einem links abbiegenden Auto angefahren worden. Im Jahr davor starben zehn Radfahrer in Berlin.

Das Unglück von Sandra Umann hat die Aufmerksamkeit auch auf solche Zahlen gelenkt. Umann ist nun auch das wohl bekannteste Opfer einer Verkehrspolitik, die seit Jahren eine »Vision Zero« verspricht, null Verkehrstote, und dieses Versprechen stets bricht. Es ist eine grüne Verkehrspolitik, die plant, bis 2030 rund 3000 Kilometer Radwege zu bauen. Doch bis Ende 2021 waren davon erst gut zwei Prozent fertig.

Berlin gilt auch im deutschlandweiten Vergleich als besonders gefährliche Stadt für Radfahrer. In [Hamburg](#) wurden im vergangenen Jahr 2734 verletzte Radfahrer gezählt, drei starben. In [Frankfurt am](#)

Main starb 2021 ein Radfahrer bei einem Unfall, 682 Radler wurden verletzt. In **Köln** waren es zwei Tote und 1737 Verletzte.

Am Sonntag nach dem Unfall gedenken in Berlin 300 Menschen der Toten mit einer Fahrraddemonstration, ihr Ziel ist der Ort des Unfalls. Paul Jäde, einer der Organisatoren, steht mitten auf der Bundesallee, dort, wo Umann und der Lkw zusammenstießen. Als Radfahrer sehe er hier vor allem Chaos, sagt er: »Ein Wirrwarr zwischen Hochbordradwegen und ungeschützten Radwegen auf der Straße. Drei-Richtungs-Radwege. Doppelte Abbiegespuren für Kraftfahrzeuge.« Er schüttelt den Kopf. Radfahren in Berlin ist lebensgefährlich.

Genervte Lebensretter

Den täglichen Kampf im Verkehr kennt auch ein Mann, der seit 30 Jahren Rettungseinsätze in der Hauptstadt fährt. Der Ausnahmezustand ist für ihn Alltag. Doch was er zurzeit auf den Straßen Berlins erlebe, mache ihn wütend. »Ich habe kein Verständnis für diese Art von Protest«, sagt er über die Klimaaktivisten. Seinen Kolleginnen und Kollegen gehe es ähnlich. Für die Rettungskräfte sei das »eine richtig emotionale Sache«.

Der Mann befürchtet negative berufliche Konsequenzen, würde er sich unter seinem Namen äußern – zu aufgeheizt sei dafür gerade die Stimmung bei der Berliner Feuerwehr. Insgesamt 18-mal führten Proteste von Klimaaktivisten laut einer Erhebung der Feuerwehr seit Juni dazu, dass Einsatzfahrzeuge des Rettungsdienstes aufgehalten wurden. In 13 Fällen vermerkten Einsatzkräfte ein »verspätetes Eintreffen«.

Mehr zum Thema

S+ Schwester der in Berlin getöteten Radfahrerin:
»Sie ist meine Welt gewesen, so wie ich ihre Welt war« Ein Interview von Hannes Schrader, Berlin



Das heißt auch: Selbst wenn irgendwann klar erwiesen sein sollte, dass die Klimaaktivisten keine Schuld hatten an Sandra Umanns Tod, löst das nicht ihr moralisches Dilemma. Es ist schwer zu bestreiten, dass es durch solche Aktionen zu einem tödlichen Unfall kommen kann, dass die Aktivisten die Gefährdung von Menschen in Kauf nehmen, dass es vielleicht nur eine Frage der Zeit ist, bis es passiert.

Der Berliner Rettungswagenfahrer will Menschenleben retten, ein

ohnehin belastender Job. Nun machen ihm die Klimaaktivistinnen und Klimaaktivisten die Arbeit noch schwerer, so sieht er das. Ihre Proteste treffen auf ein überlastetes System, das aus Sicht des Sanitäters ohnehin kurz vor dem Kollaps steht. »Stell dir vor, du hast gerade 30 Minuten hart dafür gearbeitet, jemanden ins Leben zurückzuholen. Und dann stehst du auf dem Weg ins Krankenhaus im Stau, weil die Klimakleber vorne erklären, dass die Welt untergeht.« Das mache ihn und seine Kollegen aggressiv. Es müsse endlich härter gegen die Aktivisten durchgegriffen werden, findet er.

Wie man den Kleber löst

Eine Weile haben die Aktivistinnen und Aktivisten der »Letzten Generation« diskutiert, in WGs und Kneipen, wie man nach dem Tod der Fahrradfahrerin weitermachen sollte. Einige waren dafür, sich in Zukunft seltener auf Straßen zu kleben, dafür an die Pfosten von Bundesliga-Toren. Andere wollten mehr Gemälde in Museen attackieren, mit Farbe oder Saft. Am Ende hat das Strategiekomitee der Bewegung beschlossen: Wir machen weiter wie bisher.

Am Mehringdamm, wo sich die Aktivisten um Theodor Schnarr, einen großen Mann mit Bart, auf die Straße geklebt haben, trifft inzwischen die Polizei ein. Eine Spezialeinheit soll die Störer von der Straße holen. Die Berliner Polizei hat sich einen Vorrat an Sonnenblumenöl und Rapsöl zugelegt, die sie zum Lösen des Klebers benutzt, »damit geht's am besten«, sagt ein Polizist, bevor er sich an die Arbeit macht.

Mehr zum Thema

▶ **Klebeaktionen der »Letzten Generation«: »Das schafft Aggressionen«**



▶ **Umstrittener Klimaprotest: Sprühen, kleben, blockieren – die »Letzte Generation« in Aktion**



Zwei Beamte kippen Öl über Schnarrs Hände, lassen es kurz wirken, dann streichen sie mit einem Pinsel an den Fingern entlang, bis diese sich vom Boden lösen. Es dauert.

Als die Fahrbahn geräumt ist, erklärt ein Polizist den Aktivisten, sie müssten mit einem Verfahren rechnen. Sie würden aber erst einmal laufen gelassen, bekämen einen Platzverweis. »Sie kennen das ja alles.« Theodor Schnarr steht am Straßenrand, er beugt sich zu einem

Mitstreiter. »Hast du noch Lust auf Zartbitterschokolade?«, fragt er ihn. Es ist ein Code für eine weitere Blockade. Einige Tage später klebt Schnarr erneut auf der Straße.

Überzeugungstäterin

Eine der prägenden Figuren bei der »Letzten Generation« ist Lea Bonasera. Sie saß für ihre Überzeugung schon »mindestens 15-mal« in einer Zelle, sie sagt, die Polizei habe sie festgesetzt in Berlin, in Frankfurt am Main, in Hamburg. Im vergangenen Jahr hat Bonasera, 24, die »Letzte Generation« mitgegründet. Sie sagt, die Welt steuere auf einen Klimakollaps zu. »Wer jetzt keinen Widerstand gegen den Kurs der Regierung leistet, der trägt die Vernichtung unserer Gesellschaft mit.«

Lea Bonasera ist in Rheda-Wiedenbrück aufgewachsen, in Ostwestfalen. Ihr Abitur hat sie mit einem Notendurchschnitt von 1,6 gemacht. Sie lief bei Fridays for Future mit und traf sich mit Umweltaktivisten von [Extinction Rebellion](#). Ihre Mutter arbeitet im Kindergarten, ihr Vater ist in der IT-Branche tätig. Sie sagt, es belaste die Beziehung zu ihren Eltern, dass ihr ganzes Leben sich ums Klima drehe und sie so viel riskiere. Aber sie sagt, sie sehe keine andere Möglichkeit, sich Gehör zu verschaffen. Ihr Masterarbeit hat sie über »zivilen Widerstand in Demokratien« geschrieben.

Nichts an Lea Bonasera wirkt radikal. Und doch trat sie Ende August 2021 in einen unbefristeten Hungerstreik, um ein öffentliches Gespräch mit den Spitzenkandidaten bei der Bundestagswahl zu erzwingen. Es kam zu einem Termin mit [Olaf Scholz](#), den sie enttäuschend fand.

»Ich finde es krass, wie die Medien den Unfall instrumentalisieren und von dem Problem ablenken, dass Menschen im Straßenverkehr sterben.«

Lea Bonasera

Lea Bonasera sagt, sie habe nicht damit gerechnet, dass die »Letzte Generation« nach dem Unfall in Berlin so stark in die Kritik gerate. »Ich finde es krass, wie die Medien den Unfall instrumentalisieren und von dem Problem ablenken, dass Menschen im Straßenverkehr sterben«, erklärt sie.

Ziviler Ungehorsam gehört in der [Bundesrepublik](#) seit jeher zum festen Repertoire des Protests. Im Dezember 1950 besetzten zwei Studenten das damals verlassene [Helgoland](#), sie wollten ein Zeichen für ein friedliches [Europa](#) setzen. Nach dem [Nato](#)-Doppelbeschluss zur atomaren Nachrüstung organisierten Aktivisten ab 1983 eine Reihe von Blockaden gegen Militärdepots wie in Mutlangen, um die Stationierung von Pershing-II-Raketen zu verhindern; zahlreiche Prominente beteiligten sich an diesen Aktionen. Später versuchten Demonstranten, Castortransporte ins Atommülllager nach [Gorleben](#) aufzuhalten, indem sie sich an Bahngleise ketteten oder Schienen unterhöhlten. Die Liste lässt sich fortsetzen: Wackersdorf, [Stuttgart 21](#), [Hambacher Forst](#).

Bis der Verfassungsschutz kommt

Die Frage ist, wie weit ziviler Widerstand gehen darf. Wann er geboten ist. Und wann er beginnt, die innere Sicherheit zu gefährden. Es besteht eine Diskrepanz zwischen der Gewaltlosigkeit, die von der »Letzten Generation« ausgeht, und der Gewalt, die ihr zum Teil entgegenschlägt. Es gab zahlreiche Straßenblockaden, bei denen Mitglieder geschlagen und bedroht wurden, ohne dass sie selbst geschlagen und gedroht hätten. Und doch schauen die Sicherheitsbehörden zunehmend besorgt auf die Klimaschuttszene. Im vergangenen Jahr bekannte sich eine Gruppe namens »Fridays for Sabotage« im Internet dazu, Gasanlagen beschädigt zu haben. Im Visier des Verfassungsschutzes ist auch das Bündnis »Ende Gelände«. Die Gruppe erregt immer wieder Aufmerksamkeit durch die Besetzung von Kohlebaggern und die Blockade von Baustellen für Flüssigerdgas-Terminals. Dem weiteren Umfeld der Gruppe »Extinction Rebellion« rechnet die Polizei sogar zwei Gefährder zu, die laut Staatsschutz schwere Straftaten bis hin zu Anschlägen verüben könnten.

Der tödliche Unfall in Berlin ist vielleicht ein Wendepunkt nicht nur für den Blick der Öffentlichkeit auf die Aktivisten, sondern auch für die Klimabewegung selbst. Die Reaktionen haben Brüche unter den verschiedenen Gruppierungen offengelegt. Wie radikal Klimaprotest sein muss, ob er es überhaupt sein muss, darüber herrscht Uneinigkeit.



Protest gegen einen Castortransport ins Atommüllendlager in Gorleben (1996): Die Frage ist, wie weit ziviler Widerstand gehen darf. Wann er geboten ist. Und wann er beginnt, die innere Sicherheit zu gefährden.

Seit es die »Letzte Generation« gibt, so berichten Insider, streiten die einzelnen Gruppen um die richtige Strategie des Protests. Zwar gebe es einen Austausch zwischen Fridays for Future, »Extinction Rebellion« und der »Letzten Generation«, aber eine echte Zusammenarbeit sei nie zustande gekommen.

Manche stören sich am unversöhnlichen Ton der »Letzten Generation«. Andere berichten von Kopfschütteln über fehlende Professionalität. Dabei war es in den vergangenen Monaten zumeist die »Letzte Generation«, die öffentlich wahrgenommen wurde.

Auch Antonio Rohrßen von der Klimaliste Berlin, einer Partei für Klimaschutz, erkennt eine Polarisierung innerhalb der Bewegung. Er sagt: »Menschen, die richtig finden, was die Klimabewegung macht, werden gedrängt, radikaler und aktiver zu werden.« Maximilian Reimers hingegen, der bei Fridays for Future für die Vernetzung mit Gewerkschaften gearbeitet hat, meint: »Wer so viel Einsatz zeigt wie die »Letzte Generation«, sollte die wirklich Verantwortlichen nerven. Wenn schon festkleben, warum dann nicht ans Auto des Chefs eines Mineralölkonzerns oder eines Ministers?« Selbst Lob kommt derzeit nicht ohne Kritik aus.

Bei Fridays for Future befürchten sie, so ist aus der Szene zu erfahren, dass die »Letzte Generation« mit ihren Aktionen die Arbeit von mehreren Jahren aufs Spiel setze: Der Erfolg der einstigen Schulstreikbewegung gründet darauf, dass sie aus der Mitte der Gesellschaft kommt, dass sie zwar scharf kritisiert, aber bedacht ist im Ton und in der Form. Es ist für sie eine Voraussetzung dafür, dass sich Politikerinnen und Unternehmer wirklich zu ihren Forderungen

verhalten müssen. Nun aber verändert die »Letzte Generation« das Bild, das sich die Öffentlichkeit von der Klimabewegung macht.

Neubauer in Scharm al-Scheich

Luisa Neubauer, Deutschlands bekannteste Klimaaktivistin, verlässt am frühen Dienstagabend das Gelände der Weltklimakonferenz im ägyptischen Scharm al-Scheich, wo führende Staatenlenker wieder einmal über die Rettung des Planeten verhandeln.

Ein paar Minuten zuvor hat sie zusammen mit anderen deutschen und polnischen Aktivistinnen und Aktivisten für die Freilassung des inhaftierten Regierungskritikers Alaa Abdel Fattah demonstriert. Früher am Tag hatte sie gemeinsam mit Klimaschutzaktivisten aus anderen Ländern Olaf Scholz kritisiert. Es sind kleine Störungen, wie schon auf früheren Klimakonferenzen, nichts Radikales.

So sieht Neubauers Aktivismus aus: wohlüberlegt, auf höchster politischer Ebene, international vernetzt. Mit Sekundenkleber hat sie nichts zu schaffen, positionieren muss sie sich trotzdem dazu. Also, schadet die »Letzte Generation« nicht der Bewegung, die Neubauer repräsentiert? Sie antwortet diplomatisch. »Es ist sinnvoll, dass es eine Arbeitsteilung in der Klimabewegung gibt«, sagt sie. Die »Letzte Generation« müsse nicht auftreten wie Fridays for Future. Letztere könnten solidarisch sein, müssten aber nicht alle Protestformen ideal finden.



Bundeskanzler Scholz bei der Weltklimakonferenz im ägyptischen Scharm al-Scheich: Führende Staatenlenker verhandeln mal wieder über die Rettung des Planeten

Die Proteste der »Letzten Generation« sorgen nicht nur in der Klimabewegung für Differenzen, sie bringen auch die Grünen in

Bedrängnis. Für die Partei, die wie keine andere für Klimaschutz angetreten ist, sind sie Bestätigung und Gefahr zugleich. Zum einen bestärken sie die meisten Grünen in ihrer Forderung nach rigiden Maßnahmen für mehr Klimaschutz. Viele, gerade junge Grüne, wurden durch die Klimabewegung politisiert. Und die tun sich jetzt schwer damit, dass die Bewältigung der Klimakrise durch die Pandemie und den Krieg in der [Ukraine](#) in den Hintergrund gerückt ist.

Zum anderen sind der Partei- und Fraktionsführung die Proteste nicht geheuer. Nach dem Unfall in Berlin distanzieren sie sich schnell. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Konstantin von Notz twitterte: »Ich lehne die Aktionen der Letzten Generation ab. Diese Form der »Proteste« ist hochproblematisch und kontraproduktiv.« Beiträge wie dieser lösten vergangenen Dienstag eine lebhafte Diskussion in der Fraktionssitzung aus.

Die Fraktionsspitze und Landwirtschaftsminister [Cem Özdemir](#) hätten dazu aufgerufen, so berichten es mehrere Teilnehmer, sich entschieden von den Protesten zu distanzieren. Zwei Abgeordnete des linken Flügels hätten heftig dagegehalten. Sie warfen der Parteiführung vor, sie habe sich instrumentalisieren und dazu hinreißen lassen zu sagen, die Protestform der »Letzten Generation« gefährde Menschenleben. Dafür habe es viel Beifall gegeben.

Kartoffelbrei für Claude Monet

Die Entladung nach dem Unglück in Berlin lässt sich nicht ohne die Aktionen in den Museen begreifen, die Angriffe der Aktivisten auf Kunstwerke. Das schürte die Ablehnung.

Ende Oktober mischte sich Mirjam Herrmann mit Mitstreitern im Museum Barberini in [Potsdam](#) unter die Besucher. Zwei der Aktivisten streiften sich Warnwesten über, warfen Kartoffelbrei auf eine mehr als 130 Jahre alte Darstellung eines Getreideschobers von [Claude Monet](#), das mit Glas geschützt war. Sie klebten jeweils eine Hand an die Wand darunter. Dann ergriff die dort knieende Mirjam Herrmann das Wort. »Menschen hungern, Menschen frieren, Menschen sterben. Wir sind in einer Klimakatastrophe. Und alles, wovor ihr Angst habt, sind Tomatensuppe oder Kartoffelbrei an einem Gemälde.«



Aktivisten der »Letzten Generation« haben sich an den Rahmen der »Sixtinischen Madonna« in der Gemäldegalerie Alte Meister in Dresden geklebt: Bilder in Geiselschaft

»Die Öffentlichkeit redet nur darüber, wie lästig diese Leute sind. Das kann nicht im Sinne der Protestierenden sein. Wenn die Gruppe erfolgreich sein will, braucht sie Verbündete.«

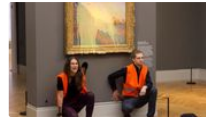
Protestforscher Christian Volk

Die Fragen des SPIEGEL zu dem Protest wollte Mirjam Herrmann nur schriftlich beantworten, sie schreibt, es könnten natürlich »nie alle Menschen erreicht werden, und nicht alle haben genau verstanden, was ich ausdrücken wollte. Trotzdem haben Millionen Menschen dieses Video gesehen und das Statement gehört und sich, auch wenn sie die Aktionsform nicht gut fanden, mit dem Verlust unserer Lebensgrundlagen und Hungerkatastrophen in der Zukunft auseinandergesetzt«.

Die Wahl des Bildes war kein Zufall, der von Monet gemalte Getreideschober stelle »die Schönheit unserer Welt« dar und ebenso »die Verfügbarkeit, beinahe den Überfluss von Nahrung«. Für Herrmann war die Aktion ein Erfolg, Wissenschaftler wie der Klimaforscher [Stefan Rahmstorf](#) hätten sie gut gefunden, und »viele Menschen haben sich auch persönlich bei mir gemeldet und bedankt«.

Mehr zum Thema

▶ Klimaprotest in Potsdam: Monet-Gemälde mit Kartoffelbrei beworfen



Mirjam Herrmann hatte sich die Zeit genommen, einen Blick auf die Ausstellung zu werfen, jedenfalls schreibt sie, die sei wunderschön gewesen. Wie aber hat es sich angefühlt, ein historisches Gemälde zu beschmutzen? »Es hat sich nicht gut angefühlt, ein solches Kunstwerk mit Kartoffelbrei zu bewerfen. Aber es fühlt sich noch weniger gut an, die Untätigkeit der Regierung in dieser Krise zu ertragen und zuzusehen, wie alles Schöne um uns herum zerstört wird.« Bewusst habe sie eine Art des Protestes gewählt, »die auffällt und empört«, denn leider hätten Protestformen, die nicht stören, zu wenig bewirkt.

Der Logik der »Letzten Generation« zufolge setzt man in einer bildersüchtigen Zeit am besten auf Bilder, auf solche, die man im Museum kurz in Geiselhaft nimmt, und auf solche, die man auf diese Weise selbst für die sozialen Medien schafft, durch Videos, durch Fotos. Die Aktivisten erzeugen einen Schockeffekt und fühlen sich im Recht, weil aus ihrer Sicht die ganze Welt ein Schockzustand ist.



Aktivistinnen der »Letzten Generation« am 9. November auf dem Brandenburger Tor: Die Strategie ist, die Kritik auszusitzen, die Ablehnung vorbeiziehen zu lassen. Und weiterzumachen.

Politiker und Polizeibeamte, Autofahrer, die wegen einer Blockade im Stau stehen, und auch Menschen, die nicht direkt betroffen sind, werfen der Gruppe immer wieder vor, ihr Protest führe nicht zum Ziel. »Die Öffentlichkeit redet nur darüber, wie lästig diese Leute sind«, sagt der Berliner Protestforscher Christian Volk. »Das kann nicht im Sinne

der Protestierenden sein. Wenn die Gruppe erfolgreich sein will, braucht sie Verbündete.«

Die »Letzte Generation« erzeuge gerade eine kontraproduktive Aufmerksamkeit, erklärt der Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen. Er könne die Verzweiflung der Protestierenden gut nachvollziehen. »Und wenn sie Zufahrtsstraßen blockieren, lässt sich das gedanklich noch mit dem Kampf gegen den Klimawandel verbinden. Aber wenn sich die Aktionen gegen Gemälde richten, fehlt dieser Zusammenhang.« Statt Unterstützer für ihr Anliegen zu finden, laufen die Aktivistinnen und Aktivistinnen Gefahr, bei den Leuten zunehmend Wut auszulösen – gegen die eigenen Proteste.

Sympathie entbehrlich

Nur geht es der »Letzten Generation« offenbar nicht darum, die Sympathie und den Rückhalt der Bevölkerung zu gewinnen. Von den Aktivistinnen und Aktivisten selbst heißt es immer wieder, mit ihren Protesten wollten sie Druck ausüben auf den politischen Betrieb. Von einem Sinneswandel bei Bürgerinnen und Bürgern ist nie die Rede: Die konkreten Forderungen richten sich immer direkt an die Entscheider in Berlin.

Die Strategie ist, die Kritik auszusitzen, die Ablehnung vorbeiziehen zu lassen. Und weiterzumachen. Dass die Radfahrerin verunglückt sei, sei furchtbar, teilte die »Letzte Generation« mit. »Wir sind bestürzt und in Trauer.« Doch solange die Bundesregierung die Klimakrise nicht in den Griff bekomme, »geht der Widerstand weiter«.

Doch es ist kein Schülerspaß, stundenlang Hauptverkehrsstraßen zu blockieren und Kunstwerke zu attackieren. Es kann eine Straftat sein. In [Bayern](#) sitzen zurzeit zwölf Demonstranten längerfristig in präventivem Polizeigewahrsam, die Aktivistinnen der »Letzten Generation« hatten den Verkehr auf dem mehrspurigen Altstadtring in [München](#) lahmgelegt, direkt vor dem Justizministerium. In Berlin hat die Staatsanwaltschaft bis Mitte dieser Woche 777 Verfahren gegen Klimaaktivisten zu 465 Ermittlungsverfahren gebündelt; in drei Fällen erhob sie Anklage, in 170 Fällen wurden Strafbefehle erlassen. Die Vorwürfe lauten Nötigung, Hausfriedensbruch, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, Sachbeschädigung, gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr.

[Mehr zum Thema](#)

6+ **Protest der »Letzten Generation«: Kinder des Zorns**

Von Nike Laurenz



Trotz Kritik: »Letzte Generation« kündigt Ausweitung ihrer radikalen Proteste an



Noch sind sich Juristen uneinig, ob der Zweck hier die Mittel rechtfertigt oder nicht. Nach einer Reihe von Entscheidungen gegen Klimaaktivisten hat eine Richterin in **Flensburg** am Montag einen Mann in erster Instanz freigesprochen, der wegen Hausfriedensbruchs angeklagt war; er hatte einen Privatwald besetzt. Und in Berlin hat ein Richter zugunsten einer Aktivistin entschieden, die dreieinhalb Stunden lang eine Kreuzung blockiert hatte. Der Richter wies darauf hin, dass die ökologisch notwendige Wende im politischen Handeln ein dringendes Thema sei. Er meinte, die junge Frau habe keine Gewalt gegen Polizisten ausgeübt, indem sie eine Hand auf dem Asphalt festgeklebt habe, die Blockade der Autofahrer sei jedenfalls nicht verwerflich gewesen. Und ein Rettungswagen hätte jederzeit passieren können.

Vergangenen Mittwoch, morgens um 7.15 Uhr, erklimmen zwei Aktivistinnen über eine Hebebühne das **Brandenburger Tor**. Sie rollen ein Transparent aus, auf dem »Wir wünschen uns ein Überleben für alle« steht, dann kleben sie sich oben neben der Quadriga aneinander fest. Die Polizei braucht mehrere Stunden, um sie herunterzubekommen. Kurze Zeit später klebt sich ein Trupp der »Letzten Generation« an der Ecke Seestraße und Müllerstraße fest, sechs weitere an der Ecke Danziger Straße und Prenzlauer Allee. Niemand kommt zu Schaden. **5**

Diskutieren Sie mit

[Feedback](#)

ANZEIGE



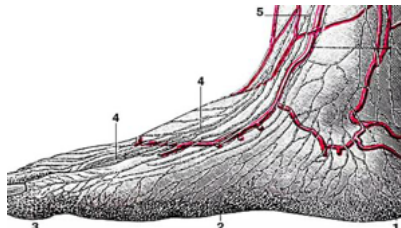
Land Rover
Range Rover Velar jetzt 0.99 % Leasing

ANZEIGE



Seniorenwohnungen | Gesponserte Links
Neue Seniorenwohnungen in Schlieren (Preise ansehen)

ANZEIGE



Nerven Research
Kampf gegen Neuropathie? Versuchen Sie dies sofort